

Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung **des Kreistages vom 15.12.2021**

A) Öffentliche Sitzung

TOP 20	Nachtrag zum Stellenplan 2021 (V 77 / 2021)	V 214/2021
	Arbeitsgruppe „Finanzen, Personal, Controlling“	29.11.2021 Z 1
	Verwaltungsergänzung	07.12.2021 Z 2
	Kreisausschuss	08.12.2021 Z 3

Frau Stolz stellt fest, dass die Zeitschiene dieser Vorlage sehr knapp bemessen wurde. Es gehe der CDU-Fraktion nicht darum, den Mitarbeitern der Kreisverwaltung zu schaden. Man müsse jedoch die Arbeit zwischen der Verwaltung und der Politik optimieren und die zeitlichen Ansätze zur Einbringung von Vorlagen überdenken. Man werde als Fraktion die Nachtragsstellen priorisieren und somit insgesamt 2,50 Stellen der 20,60 beantragten Stellen ins neue Stellenplanverfahren verweisen und in der heutigen Kreistagssitzung ablehnen. Die 12,80 Stellen der Leitstelle mögen mit einem Sperrvermerk versehen und in der AG Bevölkerungsschutz beraten werden. Die zusätzliche 0,50 Stelle im Bereich Elterngeld könne man als Kompromiss am heutigen Tag freigeben.

Herr Grutke, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, merkt an, dass die im Nachtragsstellenplan beantragten Stellen eine Wertigkeit von ca. 560.000 Euro hätten. Aufgrund von Drittfinanzierungen läge man bei ca. 26.000 Euro je Stelle. Man habe im Rahmen dieser Nachtragsstellen die Chance, gut dotiertes Personal zu einem für den Kreis günstigen Kostenansatz zu bekommen. Er stellt fest, dass 12,80 Stellen für die Leitstelle durchaus auf dem ersten Blick viel erscheinen. Dennoch müsse man aus der Hochwasserkatastrophe lernen und für entsprechenden Personalersatz bzw. -reserven sorgen. Man habe im Rahmen der Einbringung der Nachtragsstellen für die Leitstelle einen externen Gutachter beauftragt, welcher den Stellenansatz von 12,80 Stellen ausgemacht habe. Er hinterfrage nun, warum sich die Politik über die Expertise eines solchen Gutachters stelle.

Herr Waasem erklärt, dass man den Kompromissvorschlag des Sperrvermerks für die 12,80 Stellen in der Leitstelle mitgehen könne. Im Rahmen der Fachkräftegewinnung sei die Umstellung auf den 24h-Dienst eine wichtige Komponente. Er sei zudem dankbar, dass es bzgl. der 0,50 Stelle im Bereich Elterngeld ein Umdenken gegeben habe, da es sich hierbei um existenzsichernde Leistungen handle. Eine 6-monatige Bearbeitungszeit sei als sehr kritisch anzusehen.

Herr Weber, CDU, führt aus, dass die CDU-Fraktion nicht die Sicherheit der Bürger verhindern wolle. Man bemängle das derzeitige Verfahren im Rahmen der Stellennachträge. Man müsse von Seiten der Politik bei solch diffizilen Themen seiner Verantwortung gerecht werden und benötige die entsprechende Zeit, um sich verantwortungsvoll in die Materie einzuarbeiten. Er stellt zudem fest, dass die CDU-Fraktion seit 2015 ca. 45 neue Stellen in der Abteilung 38 – Gefahrenabwehr mitgetragen habe. Die nun beantragten 12,80 Stellen sollen mit einem Sperrvermerk versehen und im Nachgang zur AG Bevölkerungsschutz über eine Dringlichkeitsentscheidung beschieden werden.

Herr Troschke merkt an, dass man sich nicht gegen die Stellen grundsätzlich, sondern gegen den kurzfristigen Zeitanatz positioniert habe. Zudem habe man sich dazu entschieden in der heutigen Kreistagssitzung die entsprechenden Entscheidungen zu treffen. Des Weiteren stellt er fest, dass man, wenn man jede neue Stelle im Rahmen eines vorgelegten Gutachtens freigeben würde, demnächst eine aufgeblähte Kreisverwaltung haben werde.

Herr Mohr, fraktionslos, habe den bisherigen Vorlagen und Presseartikeln entnommen, dass die derzeitige Arbeitssituation in der Leitstelle durchaus als unattraktiv anzusehen sei. Man habe nun, mit der Umstellung auf den 24h-Dienst, die Chance, die Leitstelle für neue Fachkräfte attraktiver zu machen und eine mögliche Abwanderung des vorhandenen Personals zu unterbinden. Diese Chance müsse man nutzen. Er werde dem Kompromiss eines Sperrvermerks nicht folgen können.

Herr Schorn erläutert, dass man den Sperrvermerk nicht aus gesichtswahrenden Gründen setze. Es gehe der Politik darum, diese Stellenanteile mit der entsprechenden Sorgfalt und Zeit zu bescheiden. Wenn es möglicherweise zu einer negativen Entscheidung kommen werde, so lasse man sich nicht anhängen die Sicherheit der Bürger aufs Spiel gesetzt zu haben.

Herr Waasem möchte mit dem Sperrvermerk keine Option zur Ablehnung bieten. Er könne den Sperrvermerk mittragen, wenn die AG Bevölkerungsschutz diesen aufheben dürfe. Sollten die Stelleanteile im Nachgang dieser AG abgelehnt werden, müssten die Fraktionen, die für diese Ablehnung gestimmt haben, damit leben, dass man das Verfahren in die Länge und somit durchaus die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt habe.

Herr Weber erklärt, dass man die Erkenntnisse aus der AG-Sitzung in die fraktionsinternen Diskussionen und die abschließende Abstimmung mit einfließen lassen möchte.

Der Vorsitzende lässt im Nachgang zu den geführten Diskussionen einzeln über die in der Vorlage aufgeführten Nachtragsstellen abstimmen:

1) +12,80 Stellen, Einheitliche Leitstelle, Abt. 38 Gefahrenabwehr
Die CDU beantragt, die +12,80 Stellen unter den Vorbehalt eines Sperrvermerks zu setzen. Nach entsprechender Beratung in der AG Bevölkerungsschutz soll über die Einreichung einer Dringlichkeit über den Sperrvermerk beschieden werden.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der CDU inkl. dem Vorbehalt eines Sperrvermerks abstimmen:

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen, bei 20 Gegenstimmen (SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herr Mohr - fraktionslos)

2) +2,80 Stellen, umweltmedizinische Beratungsstelle, insbesondere zur Bleibelastung, Abt. 53 – Gesundheit
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +2,80 Stellen, umweltmedizinische Beratungsstelle, insbesondere zur Bleibelastung, Abt. 53 – Gesundheit, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

3) +1,00 Stelle, Sachbearbeitung Personal, Stab 31 – Kreispolizeibehörde, kw-Vermerk
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +1,00 Stelle, Sachbearbeitung Personal, Stab 31 – Kreispolizeibehörde, kw-Vermerk, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, FDP, UWV und AfD und einer Enthaltung (Herr Mohr - fraktionslos)

4) +1,00 Stelle, Bauingenieur*in Immobilienmanagement, Abt. 10 – Zentrales, kw-Vermerk
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +1,00 Stelle, Bauingenieur*in Immobilienmanagement, Abt. 10 – Zentrales, kw-Vermerk, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5) +0,50 Stelle, Sachbearbeitung Elterngeld, Abt. 50 – Soziales
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +0,50 Stelle, Sachbearbeitung Elterngeld, Abt. 50 – Soziales, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

6) +0,50 Stelle, Fachdienst ASD, Abt. 51 – Jugend u. Familie
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +0,50 Stelle, Fachdienst ASD, Abt. 51 – Jugend u. Familie, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, FDP, UWV und AfD

7) +1,00 Stelle, Schulbegleitung für Kinder und Jugendliche mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, Abt. 51 – Jugend und Familie
Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +1,00 Stelle, Schulbegleitung für Kinder und Jugendliche mit besonderen sozialen Schwierigkeiten, Abt. 51 – Jugend und Familie, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, FDP, UWV und AfD und einer Enthaltung (Herr Mohr - fraktionslos)

8) +1,00 Stelle, Klimawandelanpassungsmanagement, Team V /

61.1 – Kreientwicklung u. Planung

Der Kreistag beschließt, den Stellenplan um die +1,00 Stelle, Klimawandelanpassungsmanagement, Team V / 61.1 – Kreientwicklung u. Planung, zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, bei zwei Enthaltungen (AfD)

9) Anheben der Stellenwertigkeit von Beamt*innenstellen

Der Kreistag beschließt die Anhebung der in der V 214/2021 aufgeführten Beamt*innenstellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, FDP, UWW und AfD und vereinzelt Enthaltungen (eine Enthaltung Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Herr Mohr - fraktionslos)